

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 82 (1988)
Heft: 12

Rubrik: Zeichen der Zeit : Ende eines Alptraums?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit Ende eines Alptraums?

Der 41. Präsident der USA heisst George Herbert Walker Bush. Bei einer Wahlbeteiligung von 49 Prozent haben sich gerade noch 26 Prozent der Wahlberechtigten für ihn ausgesprochen. Gewählt wurde Mittelmass im Schatten des «grossen Kommunikators». Mag sein, dass dieser das noch grössere Übel war. Als weltpolitischen Alptraum habe ich die acht Jahre seiner Regentschaft jedenfalls empfunden. Ob das Ende des Alptraums nun gekommen ist? Noch lässt sich diese Frage nicht beantworten. Auch wenn der neue Präsident Michael Dukakis hiesse, wären Zweifel angebracht, es sei denn, der Kandidat der Demokraten hätte den Mut gehabt, Jesse Jackson zu seinem Vizepräsidenten zu nominieren. «Die Amerikaner haben für *Kontinuität* gestimmt, weil ihnen kein überzeugender Wandel angeboten wurde», beschönigt der Kommentator der NZZ (10. November) das Wahlergebnis. Solche Wahlen ohne Wahl sind in den USA jedoch nichts Neues. Das Land hat sich de facto zum «Einparteienstaat» entwickelt. Die beiden grossen Parteien wetteifern in den grundsätzlichen Systemfragen ja um nichts anderes als um die Erhaltung des Bestehenden. Ihr kapitalistischer Grundkonsens ist total, wenn nicht totalitär. Jesse Jacksons Kritik an der «wirtschaftlichen Gewalt» und am «imperialen Gehabe» des US-Kapitalismus gewinnt selbst unter den Demokraten (noch) keine Mehrheit. «Perestroika» gibt es offenbar erst in der Sowjetunion, aber (noch) nicht bei der Vormacht des real existierenden Kapitalismus. Das ist vielleicht

auch ein «Zeichen der Zeit», und nicht einmal das schlechteste. Gut marxistisch könnte es gar nicht anders sein. Oder?

Die Wahl zwischen Bush und Dukakis

Wer ist dieser *George Bush*? Wo er bislang war, wissen wir spätestens seit Edward Kennedys Rede am Nominationsparteitag der Demokraten in Atlanta. Im Wahlkampf hat sich der republikanische Kandidat vor allem als «Nicht-Dukakis» definiert. Im Gegensatz zu seinem Mitbewerber ist es ihm gelungen, die Phantasielosigkeit des Bestehenden emotional zu besetzen. Mit Schulgebet und Todesstrafe will er die bürgerlichen Tugenden stärken, mit staatlichen Repressionsmitteln gegen Abtreibung, Kriminalität und Drogenkonsum vorgehen. Auch in der Wirtschaftspolitik hat er Reagan seine «blinde Gefolgschaft» erklärt, wohl wider besseres Wissen, gab es doch vor den Präsidentenwahlen 1980 noch einen anderen Bush, der die Erhöhung der Rüstungsausgaben bei gleichzeitigen Steuerensenkungen als «voodoo economics» kritisierte. Aussenpolitisch war er immer nur der treue Diener seiner Herren, ob als UNO-Botschafter, als Botschafter in China, als Direktor des US-Geheimdienstes CIA oder als Vizepräsident. Schlagzeilen machte Bush allenfalls durch die Geschmacklosigkeit, die beiden «Helden» des Iran-Contra-Skandals, Oliver North und John Poindexter, zur Weihnachtsfeier in sein Haus einzuladen. Von gleichem Kaliber ist sein Vize Dan Quayle, eine Fehlbesetzung, die, nur einen Herzschlag vom Präsidentenamt entfernt,

noch katastrophale Folgen haben könnte.

Heute ist Bush der Mann, der sein Präsidentenamt einem «negativen Wahlkampf» verdankt, in welchem der politische Gegner mit Methoden aus der McCarthy-Ära angeschwärzt wurde. Wie Bush sein Amt dennoch für eine «freundlichere Nation» einsetzen will, bleibt eine offene Frage. Ein Programm, das für die Lösung der innen- und ausenpolitischen Probleme von Bedeutung wäre, hatte und hat er nicht vorzuweisen. Folglich hat er auch kein Mandat erhalten, das als Zustimmung zu einem politischen Programm zu verstehen wäre. Bush wurde gewählt, um Michael Dukakis zu verhindern, also nicht *für* ein Mandat, sondern *gegen* einen Mitbewerber. Darum konnte, wenn nicht Dukakis in den Präsidentenwahlen, dann eben doch das demokratische Programm in den Kongresswahlen obsiegen. Wenigstens hier hat das amerikanische Volk das kleinere Übel gewählt.

Michael Dukakis wäre keine ernsthafte Alternative gewesen. Seine Wahlstrategie roch nach Opportunismus, seit er Senator Bentsen als Ticketpartner erkorren hatte. Wie glaubwürdig ist ein «Liberaler», der sich, um die Wahl zu gewinnen, mit dem Alter ego des Gegenkandidaten zusammentut, mit einem, der im Koreakrieg Atomwaffen einsetzen wollte und später wie Bush den reaktionären Kurs des Ronald Reagan nach innen und aussen unterstützte? Im erwähnten NZZ-Kommentar heisst es über Dukakis: «Er ging in seiner Buchhaltermentalität sogar soweit, bis fast zum Schluss seiner Kampagne auch seine geistig-ideologischen Überzeugungen auszuklammern.» Diese bedenkliche Einebnung der – wenigen noch vorhandenen – Gegensätze begann schon am demokratischen Parteikonvent in Atlanta, auf dem Dukakis meinte, es gehe bei den Präsidentenwahlen nicht um Ideologie, sondern um Kompetenz. Bei den Vorstellungen, die Amerikas Mehrheit seit

Reagan von präsidentialer Kompetenz hat, eine wahrhaft billig zu habende Alternative.

Gewiss, in der Abrüstungs- und in der Drittwelt-Politik wäre es unter einer Administration Dukakis etwas rationaler zugegangen als bei einem Präsidenten, der sich Reagans Kopfschmuck überzieht. Die Einsicht wäre eher vorhanden gewesen, dass der Wandel in der Sowjetunion ganz anderen Faktoren zuzuschreiben ist als der amerikanischen Hochrüstung. SDI wäre nicht mehr forciert, allerdings auch nicht aufgegeben worden. Dafür hätte ein Präsident Dukakis sich für eine «konventionelle Verteidigungsinitiative» stark gemacht. Schon der Kandidat ging kostümiert als Panzerfahrer im Kampfanzug auf Stimmenfang. Unter Dukakis wären nationale Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zwar nicht zum vornherein auf das Konto der «Kommunisten» verbucht worden. Und die Contra-Terroristen hätten kaum mehr mit der Unterstützung der USA rechnen dürfen. Auf militärische Interventionen im eigenen «Hinterhof» hätte Dukakis aber sowenig verzichtet wie sein demokratisches Vorbild John F. Kennedy 1961 in der «Schweinebucht» von Kuba.¹

«Geistige Wiederaufrichtung der Nation»

Noch stehen wir unter dem beklemmenden Eindruck jenes Alptraums, der *Ronald Reagan* hiess, da wird der 40. Präsident der USA schon als grosser Staatsmann gefeiert. Für die NZZ hat Reagan gar «auf seine unnachahmliche, instinkt-sichere Art die geistige Wiederaufrichtung der Nation erreicht» (12./13. November). Wie geistlos muss die bürgerliche Welt schon geworden sein, wenn sie das als «geistige Wiederaufrichtung» ausgibt, was Ronald Reagan im Weissen Haus getan und – mehr noch – unterlassen hat?

Geist war in der Reagan-Zeit jedenfalls nicht gefragt. Er wäre nur als störend

empfundene worden. Gefragt waren die *Sachwalter des Bestehenden*, die es auch in ihrer persönlichen Mediokritik noch widerspiegeln. Politische Ignoranz und intellektuelle Trägheit, vermengt mit etwas Astrologie, waren die Kennzeichen dieser Präsidentschaft. Als Reagan am vergangenen 16. August in New Orleans mit einem «Last Hurrah» von den republikanischen Delegierten Abschied nahm, unterlief ihm eine bezeichnende Fehlleistung. Beim Versuch, John Adams zu zitieren: «Facts are stubborn things» (Fakten sind eine hartnäckige Angelegenheit), kam es zum Versprecher: «Facts are stupid things». Mit «Fakten» hat sich dieser Präsident in der Tat nie abgegeben, noch weniger mit deren sorgfältiger Analyse. Statt dessen hielt er seine Rhetorik für die Wirklichkeit, seine Slogans für die Lösung der Probleme. Die Medien, allen voran die rechtsbürgerlichen Gazetten in der Schweiz, feierten ihn als den «grossen Kommunikator», wo er doch nur der «grosse Vereinfacher», der «terrible simplificateur» war.

Das tönte in der «Abschiedsrede» vor dem republikanischen Parteitag etwa so: «Es war unser Traum, das Land wieder stark zu machen, dass es Frieden und Freiheit in der Welt bewahren und die nationalen Ziele verwirklichen kann. Unser Triumph ist heute noch nicht vollständig, aber der Weg war glorios» (TA, 17. August). Der Begriff des «starken» Landes oder des «*starken*» *Präsidenten* wäre eine eigene Betrachtung wert. Gewiss hat es der «instinktsichere» Reagan verstanden, sich auf die Stärke der Verhältnisse zu stützen. Aber das ist eigentlich eine Schwäche, da Stärke sich weit eher in der Veränderung als in der Verwaltung des Bestehenden erweisen müsste. Dessenungeachtet ist es die Stärke der (Struktur-)Konservativen, dass sie allemal mit dem Sitzfleisch am besten regieren. «Herrschen heisst sitzen», sagt Ortega y Gasset, der im faschistischen Spanien einst wohlgelittene Philosoph,

und fährt fort: «Entgegen einem harmlosen Zeitungsschreiber-Standpunkt ist Herrschen weniger eine Angelegenheit der Faust als des Sitzfleisches. Der Staat ist der ‚status‘, die Statik, die Gleichgewichtslage der Meinungen.»² Ortega hätte an Reagan seine besondere Freude gehabt.

Ausser sitzen tat Reagan im Grunde – nichts. Aber es ist ihm gelungen, dieses Nichtstun so darzustellen, als würde er regieren. Reagan zelebrierte sich und sein Credo mit den immergleichen Worten von der amerikanischen Mission für Freiheit und Demokratie in der Welt. War's auch verlogen, ist's doch gut angekommen, zumindest bei der NZZ. «Freedom works», lautete die Kurzformel, die der gescheiterte Bush-Rivale Jack Kemp am republikanischen Parteitag erfand, um Reagans «Erfolg» zu erklären. Was soll einer noch tun, wenn die «Freiheit» für ihn arbeitet?

Bei den letzten Wahlen tat es die Mehrheit Reagan nach – und blieb zuhause (sitzen). Doch selbst diese Wahlabstinenz war vermutlich noch Ausdruck einer «geistigen Wiederaufrichtung». Die NZZ hat dafür die Erklärung parat: «Eine übermässige Politisierung des Lebens ist indes eher ein *Indiz für Spannungen* und selten ein Zeichen allgemeiner Zufriedenheit» (9. November).

Beklemmende Hinterlassenschaft

Wie «allgemein» ist die «Zufriedenheit», mit der unser Weltblatt sich zufriedengibt? Das Fazit der angeblich so glorreichen Reagan-Jahre ist einfach: *Den Reichen geht es besser, den Armen schlechter*. Vom Gesamteinkommen erhält das untere Einkommensfünftel knapp fünf Prozent, das obere Einkommensfünftel 44 Prozent. Die Zahl der Amerikaner, die unter der offiziellen Armutsgrenze von 11'611 Dollar leben, hat sich in den letzten zehn Jahren von 11,4 auf 13,5 Prozent erhöht. Gewachsen ist auch die Zahl

der «arbeitenden Armen», deren Mindestlohn (3,35 Dollar je Stunde) nicht ausreicht, um zu leben. 37 Millionen Amerikaner haben keine Krankenversicherung. Fast ein Drittel der schwarzen Bevölkerung lebt im Elend, das durch Arbeitslosigkeit, Drogen und Gewalt bestimmt ist. Dass die Schwarzen für ihr Schicksal selbst verantwortlich seien, ist das rassistische Argument, mit dem heute vor allem Reagan-Anhänger ihr Gewissen beruhigen. Zur Beruhigung der Reichen und der Mittelschichten, die Reagan und Bush wählten, mag auch beitragen, dass die wirtschaftlich benachteiligten Klassen den Urnen fernbleiben, sei es aus Resignation, sei es wegen administrativer Hindernisse, die Leute mit wenig Schulbildung abschrecken.

Neben der materiellen gibt es die *geistige Verelendung*, die das Phänomen Reagan sowohl hervorgebracht hat, als auch von ihm beschleunigt wurde. Die Amerikaner seien «ein Volk geworden, das im Begriff ist, sich zu Tode zu amüsieren», meint der Medienökologe Neil Postman. Amerikas (TV-)Kultur befinde sich auf dem Weg des «Abstiegs in die grenzenlose Trivialität» und nähere sich einem Zustand allgemeiner Verblödung. Zum «beliebtesten US-Präsidenten der neueren Zeit» (Der Spiegel, 14. November) konnte Reagan in der Tat nur avancieren, weil er von den elektronischen Medien dazu gemacht wurde. Und er wurde von diesen Medien dazu gemacht, weil er für sie wie gemacht war. «Politische Ideen lassen sich im Fernsehen nicht erläutern. Seine Form arbeitet gegen den Inhalt», schreibt Postman³. Darum wird in den USA nicht Präsident, wer die bessere Politik vertritt, sondern wer der bessere Präsidentendarsteller ist. Nur am Rande sei erwähnt, wie sehr unter dieser Trivialisierung des gesellschaftlichen Bewusstseins auch das Schulwesen leidet. «700'000 amerikanische Schulabgänger werden 1988 nicht in der Lage sein, ihr Abschlussdiplom zu lesen» (Der Spiegel, 2. Mai 1988).

Zerstörungswerk an der Völkergemeinschaft

Schlimm sieht die aussenpolitische Bilanz von acht Jahren Reagan-Regierung aus. Der Präsident entschied zwar auch hier in der Regel nicht selbst, sondern musste andere entscheiden lassen, weil er von den weltpolitischen Zusammenhängen kaum etwas verstand. Seine Ignoranz ging so weit, dass er 1985 in einem Interview auf seiner kalifornischen Ranch behaupten konnte, die Rassentrennung in Südafrika sei schon längst abgeschafft. Nach einem Treffen mit Reagan sagte Bruno Kreisky bereits 1984, er sei «deprimiert darüber gewesen, dass solch ein Mann über das Schicksal unserer Erde bestimmt».

Mehrfach habe ich in den «Zeichen der Zeit» auf Amerikas Rückfall ins *Faustrecht in den internationalen Beziehungen* hingewiesen. Erinnert sei an die militärische Invasion auf Grenada vor fünf Jahren, auch für die NZZ damals «ohne Zweifel ein Rechtsbruch», sowie an die ökonomischen Aggressionen und «verdeckten Operationen» gegen Nicaragua, auch an die Missachtung des internationalen Gerichtshofs, der die USA im Juni 1986 völkerrechtswidriger Verbrechen gegen Nicaragua überführte, oder an die Bombardierung Libyens im April 1986. Gäbe es das «Impeachment» vor einem internationalen Strafgerichtshof, Reagan wäre schon vor dem Ende seiner ersten Amtszeit als Präsident der USA abgesetzt worden. Wenigstens von den Medien müsste jenes Minimum an internationaler Moral erwartet werden, das es ihnen verbieten würde, einen notorischen Delinquenten gegen das Völkerrecht als grossen Präsidenten zu feiern.

Nur einmal sah es so aus, als würde der 40. Präsident der USA zur Rechenschaft gezogen. Nach dem Bekanntwerden des *Iran-Contra-Skandals* über die geheimen Waffengeschäfte der US-Administration mit dem Iran und die Weiterleitung der Gewinne an die antisandinistischen Con-

tras geriet Reagans Autorität ernsthaft ins Wanken. Noch im Januar 1987 schrieb das «Time Magazine», Reagan habe «den Sinn für die Wirklichkeit verloren»: «Sein Hang, so viel Autorität an seine Untergebenen zu delegieren, die auf Biegen oder Brechen ohne Aufsicht handeln können, ist absurd. Dieses Desaster wirft ein gnadenloses Licht auf die Art und Weise, wie der Präsident sein Amt führt, und bestätigt die schlimmsten Befürchtungen seiner Freunde und Kritiker.» Heute, zwei Jahre später, scheint alles vergessen und verziehen. Die NZZ feiert Reagan als «den wirkungsvollsten politischen Führer der Republikaner in diesem Jahrhundert» (17. August 1988) . . .

Die Reagan-Administration hat die *Öffentlichkeit systematisch irregeführt* und die Medien in den Dienst der psychologischen Kriegführung gegen Libyen und Nicaragua gestellt. Kühn wurde behauptet, in Nicaragua stehe die Sicherheit der USA auf dem Spiel und die Gegner der Contra-Hilfe hätten die «Lektion von München» 1938 nicht verstanden. Wohl noch nie – nicht einmal unter Nixon – wurde im Weissen Haus soviel gelogen wie unter Reagan, der es gleichwohl verstand, sich als Hüter der amerikanischen Tugenden auszugeben. Unangenehme Recherchen wurden als «kommunistisches Machwerk» verunglimpft. Ein noch nie dagewesener Druck auf kritische Journalisten und liberale Medien zeigte Wirkung. Furcht breitete sich aus, ein negatives Bild von diesem Präsidenten zu vermitteln. Was noch vor wenigen Jahren als politisches Weltbild am äussersten rechten Rand gegolten hätte, ist unter Reagan offizielle Staatsdoktrin geworden.⁴

«Heute ist Amerika stark, und die Demokratie ist überall wieder im Kommen», lautete Reagans Selbstlob in seinem letzten Bericht zur Lage der Nation. Was er unter Demokratie versteht, offenbarte dieselbe Botschaft, die aus den Contra-Terroristen «Freiheitskämpfer»

machte, um Nicaraguas Demokratie zu verwirklichen. «Der amerikanische Traum ist wiederhergestellt», hiess es damals. Mit der *Unterstützung von Terroristen*?

Am Tag, an dem ich diese Zeilen schreibe – es ist der 27. November –, höre ich die Nachricht, das US-Aussenministerium habe PLO-Chef Arafat das Einreisevisum für den Besuch der UNO-Vollversammlung verweigert. Begründet wird dieser Entscheid – der sich wiederum gegen das Völkerrecht richtet – damit, dass Arafat an Terrorakten beteiligt gewesen sei. Würden die übrigen Staaten dasselbe Kriterium auf den noch amtierenden US-Präsidenten anwenden, so dürfte dieser sein Land überhaupt nicht mehr verlassen. Er war an Terrorakten nicht nur beteiligt, er hat die Contra-Terroristen finanziert und deren Verbrechen überhaupt erst ermöglicht. Auch die Bombardierung Libyens, um den «mad dog» Ghadhafi zu treffen, was war sie anderes als Terrorismus gegen die Völkergemeinschaft?

Nachdem Präsident Reagan mitten im Wahlkampf den demokratischen Kandidaten wegen Gerüchten über eine psychiatrische Behandlung als «Invaliden» verunglimpft hatte, entschuldigte er sich wenig später mit der Ausrede, «er habe nur versucht, witzig zu sein». Nach acht Jahren Präsidentschaft hat man bei Reagan in der Tat den Eindruck, «er habe nur versucht, witzig zu sein».

1 Vgl. Roman Berger, Dukakis wird nicht von «Friedenstauben» beraten, in: Tages-Anzeiger, 8. September 1988.

2 Der Aufstand der Massen, in: Gesammelte Werke, Band III, Zürich 1950, S. 103.

3 Neil Postman, Wir amüsieren uns zu Tode, Frankfurt am Main 1985, S. 12/14/16.

4 Vgl. Roman Berger, Wie die amerikanischen Medien vor Reagan auf die Knie gingen und den Iran/Contra-Skandal verschliefen, in: Tages-Anzeiger, 4. August 1988.